

Ideologisch verfremdeter Umweltschutz

Zu den ökologiepolitischen Orientierungen
der SPD

Die unter Vorsitz von Bundesverkehrsminister Hauff erarbeiteten „ökologiepolitischen Orientierungen der SPD“ sind ein Dokument der Ratlosigkeit. Bis heute besitzt die Regierungspartei SPD kein eigenes Umweltprogramm. Die beiden dem Berliner Parteitag der SPD 1979 vorgelegten Grundsatzpapiere zur Umweltpolitik sind bis zum heutigen Tag von keinem maßgeblichen Gremium der SPD verabschiedet. Die jetzt groß angekündigten „ökologiepolitischen Orientierungen“ bleiben sowohl hinter diesen Parteitagspapieren als vor allem hinter dem Umweltprogramm der CDU in ihren substantiellen Aussagen weit zurück.

Dies erklärte im Rahmen einer Analyse der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Energie und Umwelt“, Heinz Riesenhuber, MdB, am 5. Januar 1982 in einem Pressegespräch, in dem er zu den „ökologiepolitischen Orientierungen der SPD (sog. Hauff-Studie)“ Stellung bezog. Dem Pressegespräch lag folgende Dokumentation der Abteilung Wirtschaftspolitik und Analysen der CDU-Bundesgeschäftsstelle zugrunde.

Die „ökologiepolitischen Orientierungen der SPD“, vorgelegt von der Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Bundesvorstand unter Vorsitz von Bundesminister Hauff, beinhalten neben Allgemeingültigem und Unstrittigem eine Reihe von politischen Aussagen, die nach Auffassung der CDU in die falsche Richtung weisen. Es sind dies die zentralen und entscheidenden Passagen des SPD-Papiers.

Das SPD-Papier bedeutet im Kern:

1. einen Ausstieg aus der politischen und ökonomischen Wirklichkeit
2. eine Umwälzung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung „im ganzen“

3. eine Neuauflage alter Klassenkampfrezepte und „Feindbilder“
4. einen Rückgriff auf bürokratisch-dirigistische Instrumente

Das SPD-Papier macht als Antwort auf die „Löwenthal-Thesen“ und ihren umweltkritischen Tenor zudem deutlich, wie zerstritten die SPD in zentralen Grundfragen unserer Gesellschaft ist.

Ausstieg aus der politischen und ökonomischen Wirklichkeit

Erstens: Die Behauptung in der SPD-Studie, daß „die Wachstumswirtschaft der Industrieländer und die ihr zugrunde liegende ökonomische Theorie Wasser, Luft, die Natur insgesamt immer noch als weitgehend ‚freie Güter‘ betrachten“, entspricht nicht der ökonomischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Längst stehen — wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen in seinem Gutachten „Analysen der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft“ feststellt — Unternehmer durch Umweltschutzanforderungen unter Druck:

„Aus der Preisstruktur und den Rentabilitäten läßt sich erkennen, daß die hier näher analysierten Branchen unter starkem binnenwirtschaftlichen Druck stehen, der durch die Umweltschutzanforderungen mitverursacht oder verstärkt wird. Zusätzliche Anforderungen auf diesem Gebiet können bei nur geringen Preiserholungsspielräumen die Branchen zusätzlich in Bedrängnis bringen.“

Im übrigen hat z. B. allein die chemische Industrie im Jahr 1978 Aufwendungen für den Umweltschutz in Höhe von 2 434 Mio. DM gehabt.

Zweitens: Gerade in einer Zeit, in der auch die sozialen Folgen einer wirtschaftlichen Abschwächung unmittelbar spürbar werden, bietet die SPD wirtschaftliches „Null-Wachstum“ als Antwort auf Umweltprobleme. Wie anders wäre die folgende Aussage zu verstehen:

„Die Industrieländer produzieren den größten Teil der Umweltbelastung in der Welt. Wenn sie ihre Ansprüche an die Ressourcen der Erde nicht zumindest auf dem heutigen Niveau stabilisieren, tragen sie zur weiteren Verschärfung einer ohnehin bereits dramatischen Situation bei.“

Diese Aussage ignoriert zudem, daß Erzeugnisse der Industrieländer nicht nur bei ihnen, sondern auch in Ländern der Dritten Welt elementare Lebensbedürfnisse zu befriedigen helfen.

Drittens: Auch die tatsächliche Geschichte des Umweltschutzes ist eine andere als sie das SPD-Papier beschreibt. Erfolge in der Umweltpolitik gab es nicht nur in den letzten 10 Jahren und nicht nur bei „sozial-demokratisch geführten Regierungen in den Ländern und im Bund“. Im Gegenteil: Umweltskandale haben gerade SPD-Regierungen begleitet.

Wenn die SPD als Erfolg auf 65 Prozent vollbiologisch geklärter Abwässer in unserer Republik verweist, schmückt sie sich mit fremden Federn. Dies ist nicht Folge sozialdemokratischen Einsatzes. Die seit eh und je SPD-regierten Bundesländer Hamburg mit nur 20 Prozent und Bremen mit lediglich 10 Prozent biologisch geklärten Abwässern beweisen es.

Viertens: Die Realitätsferne des SPD-Papiers kommt auch darin zum Ausdruck, daß einerseits in dem Papier eine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene gefordert wird, gleichzeitig aber der Vorsitzende der Kommission als Verkehrsminister Stilllegungsplänen bei der Bahn anhängt.

Fünftens: Die Tatsache, daß Kosten als Ausdruck von betriebs- und volkswirtschaftlichem Aufwand an entscheidenden Stellen der „Orientierungen“ überhaupt keine Erwähnung finden, zeigt den entscheidenden Mangel großer Teile der SPD: mangelndes Verständnis ökonomischer Gesetzmäßigkeiten.

Kostenargumente sollen kein Grund für den Verzicht auf Umweltschutz sein (S. 17, S. 22 usw.); ausdrücklich wohl aber „ein Anlaß, das Verursacherprinzip nicht zu dogmatisieren“, das heißt, es durch staatliche Fördermaßnahmen/Sanierungsprogramme (S. 17 f., S. 24) zu ersetzen. Und das in „Orientierungen“ einer Partei, deren Kanzler z. B. 1976 Verkehrslärmbekämpfung zu einem Schwerpunkt der Regierungsarbeit erklärte und deren Verkehrsminister 1981, nachdem 5 Jahre nichts geschah, weitere staatliche Verkehrslärmbekämpfung in einer Zeit für unbezahlbar hält, in der der Fiskus den Kraftfahrer mehr denn je zur Kasse bittet.

Sechstens: Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit tun sich auch auf hinsichtlich des in den „Orientierungen“ formulierten Ziels: „auf eine humane Gestaltung der Wohnumwelt in Städten und Gemeinden hinzuwirken“. Das Aachener Klinikum und die Berliner Wohnungssituation sind die Wirklichkeit von SPD-Politik.

Umwälzung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung

Erstens: Die Soziale Marktwirtschaft war für die SPD seit jeher wesensfremd. Sie konnte auch nie damit umgehen, wie die Zahlen über die Preisentwicklung, Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftswachstum zeigen. Sie hat dem Staat und seinen Bürokraten immer mehr vertraut als der Leistungsfähigkeit der einzelnen Bürger. Sie ist jedoch bei ihren Versuchen, die Wirtschaftsordnung umzukrempeln, stets gescheitert.

In ihrer „Öko-Studie“ unternimmt die SPD erneut den Versuch, hierbei voranzukommen: „Die Menschen, die sich um die Erhaltung unserer Umwelt sorgen, müssen die Industriegesellschaft im ganzen ändern.“

In die gleiche Richtung einer Umwälzung unserer bewährten Wirtschaftsordnung zielen Formulierungen wie *„trotzdem stößt die Berücksichtigung umweltpolitischer Ziele in den bestehenden Wirtschaftsstrukturen mit ihrer verengten betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise bei den vorherrschenden Einzelinteressen zwangsläufig auf zahlreiche Widerstände.“*

Oder:

„Der Versuch, Umweltziele nur von der politischen Basis, einzelner Gruppen oder Bürgerinitiativen oder mit Hilfe alternativer Listen anzugehen, kann nicht eine grundlegende Änderung der Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft gewährleisten; er reicht allenfalls zur Verhinderung einzelner umweltgefährdender Projekte.“

Zweitens: Das SPD-Papier ist gleichzeitig ein Dokument der Technologiefeindlichkeit der SPD. Es zeigt zudem, wie wenig von gegebenen Aussagen führender SPD-Politiker zu halten ist. So wird die technische Entwicklung einseitig unter „Verschärfung der Risiken“ abgehandelt. Noch auf dem Zukunftsforum der SPD (1./2. Februar 1979) hatte Minister Hauff demgegenüber erklärt:

„Wissenschaft und Technik haben dabei Möglichkeiten geschaffen, unsere Lebensbedingungen und die Umwelt bewußt zu formen . . . Ohne die Entwicklung und die Fortschritte in der Technik wäre unser heutiger Lebensstandard undenkbar.“

Klassenkampf und „Feindbilder“

Erstens: Wenn die eigenen Schwierigkeiten am größten sind, ist das geeignete „Feindbild“ meist nicht fern. Nach diesem „bewährten SPD-Rezept“ verfährt auch die Kommission für Umweltfragen.

„Wir wenden uns gegen die konservativen und reaktionären Kräfte, die einzelne oder Gruppen, die ihren eigenen Weg gehen, unter die Normen der Mehrheit zwingen, diffamieren oder gar kriminalisieren wollen.“

Dies im übrigen von einer Partei, die den Spruch „Mehrheit ist Mehrheit“ parlamentsreif gemacht hat und mit Pluralität bislang wenig, mit Einheitsversicherung und ähnlichem dagegen viel im Sinne hatte.

Auch die obligatorische SPD-Schelte gegen die „Multis“ fehlt nicht.

Zweitens: In dem SPD-Papier gibt es überhaupt nur zwei Gruppen, die zählen: der Staat und die Gewerkschaften. Das reale Bild einer pluralen Gesellschaft scheint dem SPD-Papier nicht als Vorlage gedient zu haben:

„Gewerkschaften und Staat müssen kollektivvertragliche und gesetzliche Instrumente entwickeln und einführen mit dem Ziel, den technischen Fortschritt auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zum Abbau der Belastungen am Arbeitsplatz und zur Bereicherung der Arbeitsinhalte zu nutzen.“

Die Anbiederung an die Gewerkschaften wirkt allerdings bisweilen peinlich, vor allem auf jenen Gebieten, in denen Gewerkschaften und Sozialdemokratie schon längst nicht mehr in „einem Boot“ sitzen: anhaltende Millionenarbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen und tiefe Einschnitte ins soziale Netz unter einer SPD-Regierung bieten keine glaubwürdige, der Sache dienende Grundlage für Gemeinsamkeiten zwischen Gewerkschaften und SPD. Vor diesem realen Hintergrund wirken Erklärungen der SPD, wie die folgende, lachhaft:

„Eine breite politische Zustimmung und Unterstützung für Umweltziele kann deswegen nur von einer großen politischen Kraft gewonnen werden, die gleichzeitig das weiterbestehende Interesse der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen und sozialen Leistungen repräsentiert. Ohne die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ist ein solcher Prozeß nicht denkbar.“

Bürokratisch-dirigistische Instrumente

Erstens: Die Investitionslenkung findet — obwohl politisch vielfach abgeschmettert — erneut Eingang in dieses Papier. Die Forderung der SPD nach Investitionslenkung wird deutlich in folgenden Formulierungen:

„Zentral wird aber die Frage werden: Worin sollen die Schwerpunkte der Produktion und des Verbrauchs liegen?“

Oder:

*„Zu den Schwerpunkten der Umweltvorsorge muß in Zukunft gehören:
— Standortplanung von öffentlichen und privaten Investitionen . . .“*

Zweitens: Mit der Forderung nach einer „vorausschauenden Umweltplanung und -gestaltung“ greift Hauff sein altes Lieblingsprojekt von der „antizipatorischen Strukturpolitik“ wieder auf. Der Glaube an die „Planbarkeit aller Dinge“, der von der Wirklichkeit tagtäglich widerlegt wird, feiert „fröhliche Urständ“.

Dies erfordert neue Bürokration. Hauff nennt hier „hauptamtliche, unabhängige Umwelt- und Arbeitsschutzbeauftragte“. Sie sind auf „Vorschlag der Gewerkschaften zu bestellen“. Der Kreis von den „Strukturräten“, „Wirtschaftsräten“ zu den „Umwelträten“ wird so geschlossen.

Seinem Titel „ökologiepolitische Orientierungen“ entspricht das vorgelegte Programmpapier in seinen einzelnen Aussagen nicht. Nicht nur, daß als wichtig empfundene Umweltbereiche wie Chemie, Abfall, Ernährung, Landwirtschaft und Bodennutzung, giftige Stoffe, Stadtökologie und Tourismus erst zu einem späteren Zeitpunkt von der Kommission behandelt werden sollen. Globale Umweltprobleme wie Ressourcenverknappung, Bodenschutz, Naturschutz, das Vorsorgeprinzip mit Blick auf den praktischen Umweltschutz, werden völlig unzureichend behandelt.

Das SPD-Papier trägt nicht zur Bewältigung konkreter Probleme bei. Dies zeigt beispielhaft der verkehrspolitische Teil der „Orientierungen“. Er nimmt zwar 10 Seiten der ökologischen Handlungsfeldern gewidmeten 26 Seiten ein, bietet aber kein ökologisch schlüssiges Verkehrskonzept an. Die nach 16 Jahren, in denen die SPD den Verkehrsminister stellt, geübte Kritik an der bisherigen Verkehrspolitik ist vernichtend. Lebers Plan größter Autobahndichte z. B. wird gänzlich verschwiegen. Pkw und Individualverkehr werden scharf kritisiert.

Widersprüchlichkeiten und fehlende Orientierung dieses SPD-Papiers werden u. a. auch an folgenden verkehrspolitischen Beispielen deutlich.

Beispiel 1:

„Bezogen auf die gleiche Transportleistung schneiden aber der Kraftfahrzeugverkehr und auch der Luftverkehr wesentlich schlechter ab als der Schienenverkehr und die Binnenschiffahrt hinsichtlich der Zahl der Verkehrsoffer, des Energieverbrauchs sowie der Erzeugung von Lärm und Abgasen und sonstigen Umweltbelastungen“,

stellt die Öko-Kommission der SPD fest. Sie rät

„soweit das unter verkehrlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten möglich ist, den Lkw-Verkehr — hauptsächlich bei schweren Lasten und langen Strecken — auch auf die Binnenschiffahrt zu lenken.“

Dennoch votiert sie dann dafür, den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals zu überprüfen. Ihr Vorsitzender zieht sogar mit Vehemenz gegen die Fertigstellung dieses fast vollendeten Schifffahrtsweges zu Felde.

Beispiel 2:

„In der Umgebung von Flughäfen, stark befahrenen Fernstraßen und Bahnlinien treten hohe Belastungen für die Anwohner auf, die auch durch passiven Lärmschutz zu mindern sind.“

Und

„Die Verabschiedung eines Lärmschutzgesetzes mit möglichst niedrigen Belastungswerten, das Zuschüsse zu passiven Lärmschutzmaßnahmen in stark lärm-belasteten Wohngebieten bereitstellt, bleibt dringlich,“

meint die SPD-Kommission.

Doch der in der letzten Legislaturperiode von einem SPD-Verkehrsminister vorgelegte Gesetzentwurf wurde öffentlich als Gesetz zum Schutz des Verkehrslärms anstatt zum Schutz vor Verkehrslärm bezeichnet. Der jetzige Verkehrsminister kann oder will derzeit überhaupt keinen Entwurf mehr vorlegen. Auch den seit Jahren bereits angekündigten Entwurf zur Änderung des Fluglärmsgesetzes legte die Bundesregierung bisher nicht vor.

Beispiel 3:

„In einer Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes sollte u. a. der Lärmschutz mit Maßnahmen der Verkehrsberuhigung als förderungswürdig anerkannt werden“.

fordert die SPD-Kommission. Doch als die CDU/CSU-Fraktion 1980 im Bundestag den Antrag stellte, die bei früheren Sparaktionen gestrichenen Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für Zwecke der Verkehrslärmbekämpfung wieder einzusetzen, lehnten SPD und FDP mit der Begründung ab, hierfür seien keine Mittel frei.

Die CDU ist auch im Bereich des Umweltschutzes die freiheitliche Alternative zu ideologischen und staatsbürokratischen Konzepten der Umweltpolitik

Die CDU hat früher als andere politische Kräfte die Bedeutung des Umweltschutzes für die Zukunft unseres Landes erkannt. Der Gedanke des Umweltschutzes hat voll in ihre Programmatik und Praxis Eingang gefunden.

1. Die Bewahrung einer gesunden Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts ist als herausgehobenes Ziel und wichtige Aufgabe

- verankert im Grundsatzprogramm der CDU vom 25. Oktober 1978;
- fortentwickelt zu einem umfassenden umweltpolitischen Programm, beschlossen vom Bundesparteiausschuß der CDU am 10. Dezember 1979, und zuletzt
- als zentrale Handlungsanweisung in den Beschlüssen des Hamburger Parteitages vom November 1981 im Kapitel „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern“ verankert.

2. Der Gedanke des Umweltschutzes ist keine Erfindung dieser Tage. Seit Jahrzehnten haben sich Hunderttausende von Menschen als einzelne, in Verbänden und Vereinen für die Pflege von Natur, Landschaft und Wohnumwelt oft auch in ganz konkreter praktischer Arbeit engagiert.

Die Union stand seit ihrer Gründung mit an der Spitze dieser Bewegung. Es kommt nicht von ungefähr, daß sehr viele von ihnen — Landwirte und Winzer, Naturfreunde, Gärtner, Jäger und Fischer — ihre politische Heimat in der Union gefunden haben.

Die umweltpolitische Bilanz der Union kann sich sehen lassen:

- bereits 1962 hat Nordrhein-Westfalen — damals noch unter CDU-Regierung — das erste Immissionsschutzgesetz verabschiedet;
- Ende der 60er Jahre hat Bayern als erstes Bundesland ein eigenes Umweltministerium eingerichtet;

— Rheinland-Pfalz hat — anders als die SPD-regierten Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen — die in ihrem Gebiet liegenden Chemieunternehmen frühzeitig zu Abwasserreinigung angehalten.

Umweltskandale wie z. B. in Hessen (3 Umweltminister mußten vorzeitig gehen) und Hamburg gab es in unionsregierten Ländern nicht.

3. In der praktischen Gesetzgebungsarbeit sind ferner zu nennen: Gesetz

- zur Ordnung des Wasserhaushalts von 1957,
- über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren von 1959,
- über Detergentien in Wasch- und Reinigungsmitteln von 1961,
- über Düngemittel von 1962,
- über Versorgungsmaßnahmen zur Luftreinhaltung von 1965,
- zum Schutz gegen Baulärm von 1965,
- zur Reinhaltung der Küstengewässer von 1967,
- zur Altölbeseitigung von 1968.

4. Die CDU weiß, daß es inzwischen neue Herausforderungen und neue, sich oft wechselseitig verstärkende Belastungen der Umwelt gibt. Aber es wäre falsch, die Lösung dieser Probleme in einer wachstums- und technikfeindlichen Umweltideologie zu suchen. Das heute so oft propagierte „einfache Leben“, der „Weg zurück zur Natur“ ist für die Mehrheit der Menschen in unserem Land kein realistisches Ziel. Es von Staats wegen mit Geboten und Verboten anzustreben, wäre falsch.

Der Verzicht auf Wirtschaftswachstum und der Verzicht auf den Einsatz moderner Technologien und neuer Energiearten würde gewaltige wirtschaftliche Probleme mit unabsehbaren sozialen Folgewirkungen hervorrufen. Dann erst würden uns die Mittel für einen wirksamen Umweltschutz fehlen.

In der SPD-Studie steht folgendes bemerkenswerte Zitat:

„Sozialdemokraten sind mit Ernst Bloch: ‚Ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern‘.“

Damit existiert nunmehr ein authentisches SPD-Zitat, das erklärt, warum gegenwärtig so wenig Liebe unter den Sozialdemokraten herrscht.